

Als die neue Demokratie laufen lernte

Militärregierung setzte 1945 in Lohmar die Verwaltung wieder ein und belebte die Parteien

von Hans Warning

Der Zweite Weltkrieg war noch nicht beendet, da versuchte die amerikanische Militärregierung nach der Einnahme Siegburgs am 10. April 1945 eine neue, nazi-freie Verwaltung in Siegburg aufzubauen. Die Offiziere, die hinter der kämpfenden Truppe in den eroberten Gebieten verblieben, hielten Ausschau nach unbelasteten Personen, die unter Aufsicht und Zustimmung der Militärregierung die Verwaltung in den Kommunen übernehmen sollten. In dem zerstörten Land gab es eine Fülle von lebenswichtigen Aufgaben, um die Bevölkerung nach der Katastrophe wieder zu einem „normalen“ Leben zu führen. Die Nazidiktatur sollte baldigst in eine demokratische Ordnung überführt werden.

Der Weg zur Demokratie

Die Amerikaner und ab Juni 1945 die Briten verfolgten konsequent den Weg zu einer demokratischen Selbstverwaltung, in der die Verwaltung in den Kommunen mit den pluralistisch zusammengesetzten Volksvertretungen zusammenarbeiten sollten. Zunächst wurden die eingesetzten Bürgermeister in wöchentlichen Dienstbesprechungen im Landratsamt Siegburg von den Vertretern der Militärregierung in die neue demokratische Verwaltung und die Lösung dringender Probleme eingeführt. Im Herbst 1945 wurde in Lohmar für das Amt Lohmar dem Bürgermeister ein Beratender Ausschuss von begrenzter Größe zugeordnet. Wenig später wurde die Trennung von Verwaltung und den politischen Parteien angeordnet. Der Verwaltung stand der Gemeinde- bzw. der Amtsdirektor vor, die Gemeindevertretung leitete der politische Bürgermeister. Anfang 1946 wurde der Beratende Ausschuss durch eine größere Amtsvertretung abgelöst und vier Ausschüsse für die wichtigsten Arbeitsbereiche eingerichtet. In den amtszugehörigen Gemeinden entstanden von der Militärregierung eingesetzte Gemeindevertretungen.

Nach der offiziellen Gründung bzw. Wiedergründung von Parteien 1945/46 fanden dann am 15. September 1946 die ersten freien Kommunalwahlen für die Amts- und Gemeindevertretungen statt. Die Ergebnisse mussten von der Militärregierung bestätigt werden. Die Einladungen und die Protokolle der Ratssitzungen waren an die Kreisverwaltung Siegburg einzureichen und von der Militärregierung zu akzeptieren.

Die Lage nach Einstellung der Kampfhandlungen

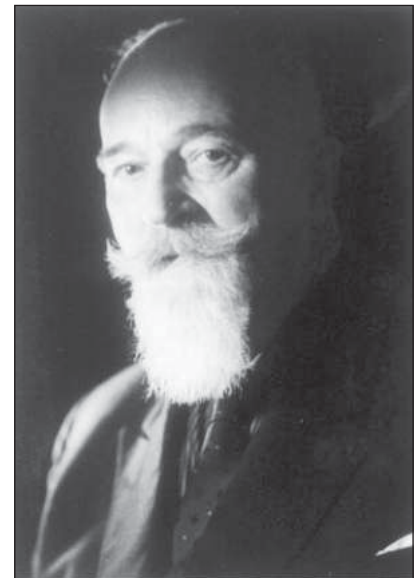
Nach wochenlangem Artilleriebeschuss, Tiefflieger- und Bombenangriffen wurde die Kreisstadt Siegburg nach heftigen Straßenkämpfen am 10. April 1945 von den Amerikanern eingenommen und auch Lohmar am gleichen Tag militärisch besetzt. Für die Bewohner dieses Raumes war der Krieg beendet, die verschüchterte und verängstigte Bevölkerung registrierte die totale Niederlage und die überall sichtbaren Zerstörungen. Es waren in erster Linie Frauen, Kinder und ältere Menschen – die wehrpflichtigen Männer waren zum Wehrdienst oder zum Volkssturm eingezogen – die den amerikanischen Soldaten gegenüberstanden.

Die Einwohner versuchten ihre Wohnhäuser und Wohnungen notdürftig wiederherzurichten, es fehlte aber in diesen chaotischen Tagen an allem. Es gab weder Dachziegel, Glas, Holz, Steine, noch Zement und Kalk, vor allem aber keine Fahrzeuge, um diese Materialien zu transportieren. Von der Sorge um das tägliche Brot und die warme Stube war nahezu die gesamte Bevölkerung betroffen.

Die kommunalen Verwaltungen, die überall mit bescheidener Besetzung gearbeitet hatten, waren zusammengebrochen, da die Naziführer sich abgesetzt hatten. Es musste aber organisiert und angeordnet werden, dass die Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen

versorgt und Arbeit beschafft wurde.

Die amerikanische Führung erkannte aber, nachdem die kämpfende Truppe weitergezogen war, dass schnellstens eine provisorische Verwaltung eingerichtet werden musste. Das galt auch für Lohmar und seine sechs amtszugehörigen Gemeinden. Doch wer konnte politisch unbelastete Fachleute für diese Aufgaben benennen? Die Militärregierung vor Ort nahm Kontakt mit den Geistlichen auf, denen man den Abstand zum Nazisystem zutraute. In Siegburg wurde schon kurz nach der Einnahme der Stadt, also noch vor dem offiziellen Kriegsende am 8. Mai 1945, ein Landrat eingesetzt, der bei der Auswahl von Bürgermeistern mitwirkte.



Josef Lagier war 1945 auch Mitbegründer der Zentrumspartei

In Lohmar fiel die Wahl auf Josef Lagier aus Heppenberg. Der drei- und fünfzigjährige Landwirt, Vater von zehn Kindern, wurde am 23. April 1945 durch den Befehlshaber der örtlichen Besatzungstruppen in Anwesenheit zahlreicher Bürger aus Lohmar mit der Wahrung der Geschäfte des Amtsbürgermeisters betraut. Gleichzeitig sollte er in Personalunion als Bürgermeister die Gemeinde Wahlscheid mitverwalten.

Lagier brachte für dieses Ehrenamt die besten Voraussetzungen mit, da er vor Jahrzehnten die Prüfung als Verwaltungsbeamter abgelegt hatte und jahrelang als Fachlehrer an Verwaltungsschulen (Staatsrecht, Verfassung, Verwaltungsrecht u.a.m.) tätig war. Im November 1924 wurde er einstimmig zum Bürgermeister von Bad Kiedrich im Rheingau gewählt. Nach Ablauf seiner zwölfjährigen Amtszeit wurde seine einstimmige Wiederwahl wegen politischer Bedenken von der NSDAP nicht bestätigt. Er wurde nach Herabsetzung seines Dienstehaltens in den Ruhestand versetzt und übernahm den elterlichen Hof in Heppenberg, den er mit seinen Eltern und einigen seiner Kinder bewirtschaftete. Mit Schreiben vom 25. April 1945 an den Landrat des Siegkreises bat er um die vorläufige Bestätigung für das Amt im Lohmarer Rathaus. Der amerikanische „Military Government Officer“, Major Staats, informierte den neuen Amtsinhaber in einem Schreiben über seine Pflichten: Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung, Ausrottung von Nazismus, Nazi-ämtern, ihren Mitarbeitern und dem Militarismus, Ausrottung der Unterschiede, die sich begründen auf Farbe, Rasse, Glaubensbekenntnis oder der politischen Meinung. Weiter heißt es in der Anweisung:

„Sie werden sich vertraut machen mit sämtlichen Gesetzen der Militärregierung und dazu beitragen, sie auf allen Ämtern innerhalb Ihrer Gerichtsbarkeit bekannt zu machen. Nur dann und insoweit werden Sie die Befehle höherer, ziviler Stellen ausführen, als Sie von der Militärbehörde Anweisung dazu haben. Sie werden alle Regierungsfunktionen einschließlich der Polizei und öffentlicher Ämter nationaler Tätigkeit innerhalb Ihrer Rechtsprechung und Kontrolle ausüben. Nach der Ausschließung der Nazipersonen und irgendwelcher Parteitätigkeit, die für das Wohl der Allgemeinheit wesentlich ist, werden Sie den Vorgesetzten der Militärregierung die Entscheidungen innerhalb Ihres Verwaltungsbezirkes empfehlen.

Sie werden alle Zivilbehörden und öffentlichen Beamten unterrichten, auf ihren Posten zu

bleiben, bis ein anderer Befehl ergeht. Das ist jedoch nur dann möglich, wenn diese Personen mit den Zielen, wie sie in Paragraph 1 aufgeführt wurden, in Einklang zu bringen sind und soweit sie diesen Befehlen nicht entgegenstehen.

Sie werden sich vergewissern, dass der Fragebogen (zur Entnazifizierung) an alle Ämter und öffentliche Angestellten verteilt wird. Nach der vorgeschriebenen Frist von drei Tagen muss er vollständig und gewissenhaft ausgefüllt zurückgegeben werden.

Wenn es im Dienste einer geregelten Verwaltung notwendig ist, werden Sie Angestellte und Beamte ernennen, um Lücken in der Verwaltung auszufüllen und falls diese von der Militärregierung anerkannt sind, auf einer zeitlichen Grundlage einstellen. Wenn Sie solche Anstellungen vornehmen, werden Sie sich vergewissern, dass an der Spitze wichtiger Fachabteilungen die Vertreter aller politischen Bekenntnisse und wirtschaftlichen Gruppen vertreten sind, sofern sie nicht verboten sind.

Sie sind verantwortlich für die Sicherstellung aller Urkunden. Falls irgendwelche Urkunden in der Zeit Ihrer Amtstätigkeit verloren gehen oder falls solche fehlen, ist der Militärregierung sofort zu berichten.

Sie werden sofort der Militärregierung alle Beamten und Angestellten melden, die eine untreue Haltung der Militärregierung gegenüber an den Tag legen oder sich weigern, mit ihr zusammenzuarbeiten. Sie werden berichten, wenn man versucht, die Akten zu vernichten oder wegzuschaffen.

Sie werden gewissenhaft darüber wachen, dass die Zivilarbeiter der Vereinten Nationen (gemeint sind die Fremdarbeiter) und die Kriegsgefangenen gut versorgt werden. Da solche Bestimmungen fehlen, werden Sie Ihr Bestes zur Unterstützung, medizinischen Betreuung und allgemeiner Wohlfahrt solcher Personen tun. Zahl, Nationalität

und Geschlecht dieser Personen sind der Militärregierung sofort mitzuteilen.

Sie werden den Bestimmungen der oben genannten Paragraphen unter allen Umständen nachkommen. Abkürzungen und Zufügungen sowie andere Änderungen behält sich die Militärregierung vor.“

An den ehrenamtlich tätigen Amtsbürgermeister wurden hohe Erwartungen geknüpft und ein hohes Maß an Loyalität zur Militärregierung vorausgesetzt. Mit den wenigen Mitarbeitern im Rathaus erwartete Josef Lagier eine Menge Arbeit in dieser trostlosen und schwierigen Zeit. Zu seiner Unterstützung und als seinen Stellvertreter konnte er Ludwig Polstorff gewinnen, den ehemaligen Amtsbürgermeister von Lohmar (1906 bis 1927). Knapp zwei Monate verblieb Josef Lagier im Amt. Dann wurde er von Richard Schmidt abgelöst, der ebenfalls auf eine Ausbildung als Beamter verweisen konnte. Im gleichen Monat übernahmen die Briten die Militärregierung von den Amerikanern, da der Siegkreis zur britischen Besatzungszone gehörte.

Beratende Ausschüsse beim Kreis und in den Gemeinden

Der ebenfalls von der Militärregierung ernannte Landrat in Siegburg als auch die übrigen Amts- und Gemeindebürgermeister mit ihren Mitarbeitern waren bei der Fülle der Aufgaben in den Verwaltungen maßlos überfordert. Da im Sommer 1945 noch keine Parteien offiziell zugelassen waren, erlaubte die Militärregierung bei der Kreisverwaltung in Siegburg einen sogenannten „Beratenden Ausschuss“ einzurichten, der alle 14 Tage zusammentrat. In ihm saßen Personen, die schon zu Zeiten der Weimarer Republik den damaligen Parteien angehört hatten. Die Mitglieder dieses Ausschusses unterstützten nicht nur den Landrat beratend bei seinen Entscheidungen, sondern übten sich hier unter Aufsicht der Militärregierung in demokratischen Verhaltensweisen.

In einem Schreiben vom 21. August 1945 teilte Landrat Josef Clarenz dem Amtsbürgermeister in Lohmar

mit, dass sich die Militärregierung aufgrund der positiven Erfahrungen beim Kreis damit einverstanden erklärt habe, auch bei den Amts- oder Gemeindeverwaltungen ähnliche Ausschüsse zu bilden. Der Ausschuss solle möglichst klein sein und höchstens acht Personen, bei Städten und größeren Ämtern höchstens zehn Personen umfassen. Bei der Auswahl der Ausschüsse solle zweckmäßig das Ergebnis der letzten freien Wahlen zugrunde gelegt werden, forderte die Militärregierung. Es sei auch darauf zu achten, dass die verschiedenen Berufszweige – Landwirtschaft, Handel, Industrie u.s.w. – sowie die verschiedenen religiösen Bekenntnisse angemessen berücksichtigt würden. Ausgeschlossen seien ehemalige Mitglieder der NSDAP. Jeder Bewerber hatte den mehrseitigen Fragebogen zur Entnazifizierung gewissenhaft auszufüllen und einzureichen. Danach würden aus den Vorschlägen des Amtsbürgermeisters die Mitglieder des Beratenden Ausschusses von der Militärregierung ausgewählt.

Amtsbürgermeister Schmidt nahm umfangreiche Recherchen im Amtsbezirk vor, um tüchtige und unbelastete Personen für diese erste Stufe einer demokratischen Selbstverwaltung zu gewinnen. Innerhalb der Akten befindet sich ein Brief vom 7. September 1945, in dem der katholische Pfarrer Offergeld von Lohmar fünf Kandidaten zur Auswahl nennt.

Am 28.9.1945 legte der Amtsbürgermeister die Liste der Bewerber für den Beratenden Ausschuss des Amtes Lohmar vor:

Wilhelm Paffrath, Gebermühle	KPD
Hans Euler, Lohmar	SPD
Otto Schug, Lohmar, Pützerhau	SPD
Josef Hagen, Lohmar, Gartenstr.	CDP
Peter Kemmerich, Lohmar, Hauptstraße	CDP
Baptist Broicher, Lohmar, Mühlenweg	CDP
Ferdinand Hein, Knippischer Hof	CDP
Robert Schwamborn, Inger	CDP
Albert Meier, Broich bei Donrath	CDP
Wilhelm Felder, Breidt	CDP

Da die CDU noch nicht gegründet war, traten die konservativen Mitglieder unter Christlich Demokratische Partei (CDP) an. Die erste Sitzung des Beratenden Aus-



Zu den Männern der ersten Stunde gehörte Peter Kemmerich (CDU)

schusses, die nach Anordnung der Militärregierung nicht öffentlich sein durfte, fand am 12. Oktober 1945 im Dienstzimmer des Amtsbürgermeisters statt. Es wurden dringliche Fragen wie Sofortmaßnahmen Obdach, Einsetzung eines Wohnungsausschusses, Neubesetzung des Transportleiterbüros und Neubesetzung der Stelle eines Amtsboten und Vollziehungsbeamten beraten.

Die in den folgenden Wochen einberufenen Sitzungen verliefen nicht immer sachlich und zügig. Amtsbürgermeister Schmidt beklagt sich in einem Schreiben an den Landrat vom 17. Dezember 1945, dass die Erörterungen oftmals in persönlichen Angelegenheiten, insbesondere in der mehr oder weniger persönlichen Beurteilung von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP ausufernten. So konnte z.B. das Protokoll einer Sitzung durch den Schriftführer nicht mit der Schreibmaschine geschrieben werden, weil er als ehemaliger Parteigenosse (PG) entlassen wurde. Deshalb lag nur ein flüchtiges, mit Bleistift geschriebenes Protokoll vor.

Die Ortsgruppe Lohmar-Wahlscheid der SPD beantragte am 2. Oktober 1945: „Wir bitten um öffentlichen Aushang der Listen der ehemaligen Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen, die registriert worden sind. Durch diese Maßnahme könnte endlich einmal festgestellt werden, ob auch alle den Mut besessen haben, für ihre Tat ge-

rade zu stehen, was diesseits stark in Frage gestellt wird.“ Außerdem sollten künftig keine Aufträge der Gemeinde an ehemalige Mitglieder der NSDAP erteilt werden. Protest legte die SPD gegen die Anstellung eines ehemaligen Parteimitgliedes als Leiter des Wohnungsamtes ein. In einem weiteren Schreiben der SPD (17. September 1945) bat die Partei, „wie auch in anderen Bezirken schon geschehen, bei der Bemessung des Wohnraumes der ehemaligen Mitglieder der NSDAP für zwei Personen über 14 Jahren oder Personen unter 14 Jahren nur einen Raum zuzubilligen.“

In einem Schreiben der SPD an den Amtsbürgermeister vom 27. September 1945 beantragte sie die Bildung eines Ausschusses zur Entgegennahme von Anklagen wegen Vergehen in der Nazizeit. „Es laufen dauernd Anklagen gegen Parteimitglieder, die sich in irgendeiner Form gegen die Forderungen der Menschlichkeit etc. vergangen haben sollen. Um alle diese Anklagen an die richtige Stelle zur Aburteilung zu richten und weiterhin die politische Atmosphäre zu entgiften, das heißt, dass damit all den Schwätzern der Wind aus den Segeln genommen wird, schlagen wir vor: Es wird sofort ein Ausschuss aus den Mitgliedern der sich hier gebildeten Parteien gebildet, der drei Personen umfasst. Es kann dann jeder innerhalb einer Frist von drei Wochen seine Anklagen vor diesem Ausschuss geltend machen. Spätere Anklagen werden dann als bössartige Verleumdungen, soweit sie sich auf Dinge beziehen, die in der Nazizeit geschehen sein sollen, bewertet werden.“

Dieser Vorschlag kam allerdings wegen rechtlicher Bedenken nicht zum Tragen.

Auf einer Sitzung des Beratenden Ausschusses im Oktober 1945 war auf Antrag der SPD beschlossen worden, „die Nazis zum Schlagen von Brennholz heranzuziehen ...“ „Wir vermissen bis heute die Ausführung dieses Beschlusses. In den vergangenen 14 Tagen hätte schon manche Brennstoffreserve für den bevorstehenden harten Winter geschaffen werden können“, kritisierte die SPD mit Schreiben vom 28. Oktober 1945 an den Amtsbürger-

Wieder Herr

Von einem anonymen deutschen Bürger verfasst und von der Control Commission gedruckt und verteilt war der Aufruf, sich politischen Parteien anzuschließen.

im eigenen Hause werden!

Wir wollen uns doch nichts vormachen: wir sind es heute nicht, und wir waren es nicht seit 1933. Weder in den kleinen, noch in den großen Dingen haben wir in den 12 Jahren Hitler-Herrschaft selbst entscheiden können.

Und

Was unsere Kinder mit ihrer Freiheit anfangen —
Welche Rundfunksender wir einstellen dürfen —
Welche Arbeit wir leisten sollten —
Ob wir aufrüsten, ob wir Krieg anfangen, andere Völker überfallen, andere Länder besetzen sollten oder nicht — —

Alles das hat da oben Hillers Pack entschieden. Sie konnten es, weil 12 Millionen Naziwähler mithalfen, sie zur Macht zu bringen, und weil viele Millionen mehr ihnen Jahr um Jahr ihr „Ja“ gegeben haben.

DESHALB verfluchen uns jetzt die Mütter von zwanzig Nationen, deren Söhne durch deutsche Kugeln gefallen, deren Häuser durch deutsche Bomben vernichtet sind.

DESHALB liegt heute jeder zehnte Deutsche im Massengrab oder im Krüppelheim.

DESHALB sind unsere Städte zerstört, unsere Fabriken lahmgelegt, unsere Reichskassen geleert.

DESHALB hungern wir, DESHALB frieren wir, DESHALB haben Millionen kein Heim,

und DESHALB haben wir fremde Truppen im Land, werden von Ausländern regiert und stehen unter Kuratel ... weil sie kein Vertrauen zu uns haben.

Kopf in den Sand stecken hilft gar nichts. Frei sein, uns selbst regieren werden wir erst dann, wenn wir bewiesen haben, daß uns kein Hitler mehr mißbrauchen kann.

Hitler nahm uns nicht nur das Recht, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Er entschied auch über Haus und Hof. Auch heute haben wir nicht das Recht, über Deutschland zu entscheiden.

Aber die Besatzungsmacht will, daß wir selbst bestimmen, wie es in Stadt und Land aussehen soll. Freie Regierung ist der erste Schritt zum freien Deutschland.

Von vorn müssen wir anfangen mit dem Selbstverwalten und dem Selbstregieren — von unten auf.

Im nächsten Jahr wird gewählt werden in den Gemeinden, sobald die Umstände es erlauben. Darauf müssen wir uns vorbereiten.

ABER: Regierung durch das Volk heißt nicht nur Stimmvieh spielen.

Der ist kein guter Bürger

Der hilft nicht sich und Deutschland, der alle Jubeljahre einmal „wählt“ und sich sonst überhaupt nicht darum kümmert, wie es in seinem Dorf und seiner Stadt aussieht.

Wenn wir uns selbst regieren wollen

— und wir müssen es wollen, um ein neues Drittes Reich zu vermeiden —

dann müssen wir selbst Hand anlegen, müssen uns kümmern. Arbeite mit in der Gemeinde, mach Vorschläge und hilf sie mit verwirklichen. Es gibt genug zu tun:

Kümmerst Du Dich darum, wie Deine Kinder in der Schule erzogen werden?

Kümmerst Du Dich darum, ob die Kranken, die Schwachen und die Alten versorgt werden?

Kümmerst Du Dich darum, daß die Gemeindefinanzen richtig verwendet werden, daß es Arbeit gibt?

Kümmerst Du Dich darum, daß die Lebensmittel gerecht verteilt werden, daß Dein Nächster ein Bett und ein Dach hat?

Da fängt es an mit dem Selbstregieren! Da wirst Du gebraucht! Da hilf mit!

Natürlich, es kann nicht ein jeder zum Rathaus laufen. Es wird nichts draus, wenn jeder nur in seine eigene Richtung zerrt. Der einzelne ist nicht immer stark genug; Zusammenschluß mit Gleichgesinnten ist nötig und sichert erst den Erfolg. Die politischen Parteien, die jetzt in allen Kreisen wieder erstehen, sind Sammelbecken für die Bürger, denen das Gemeinwohl am Herzen, nicht nur im Munde liegt.

Schließ Dich einer Partei an, informiere Dich politisch — — arbeite mit, hilf mit, es gibt nur diesen einen Weg zur Freiheit.

meister. Mit gleichem Datum beantragte die SPD die Bildung eines Finanzausschusses und eines Verwaltungsausschusses. Sie forderte ebenfalls, dass die Vorsitzenden der Ausschüsse von ihren Mitgliedern gewählt und nicht von der Verwaltung benannt würden.

Mit der Rücksendung seines Fragebogens zur Entnazifizierung an den Amtsbürgermeister am 2. Oktober 1945 bemerkte der SPD-Kandidat Hans Euler aus Lohmar: „*Ich danke für das entgegengebrachte Vertrauen und werde wie in vergangenen Kampftagen auch heute meine ganze Kraft für ein von Nazis und militärischen Gedankengängen freies, besseres demokratisches Deutschland einsetzen.*“

Wegen politischer Unstimmigkeiten wechselten Heinrich Bonn, Scheiderhöhe, Karl Weiler, Algert und Wilhelm Weber, Breidt in den Beratenden Ausschuss. Albert Meier, ein von den Nazis politisch Verfolgter, legte im Dezember 1945 seine Tätigkeit im Beratenden Ausschuss wegen „nazifreundlicher Einstellung des Amtsbürgermeisters Schmidt“ nieder.

Am 17. Dezember 1945 meldete der Amtsbürgermeister die endgültige Zusammensetzung des Beratenden Ausschusses an den Landrat des Siegkreises zur Genehmigung durch die Militärregierung:

- 1 Vertreter der KPD: Paffrath
- 2 Vertreter der SPD: Schug, Euler
- 7 Vertreter der Christlich Demokratischen Partei: Hagen, Kemmerich, Broicher, Bonn, Weiler, Meier und Weber.

In diesem Ausschuss waren nahezu alle amtsangehörigen Gemeinden vertreten.

Bildung von politischen Parteien

Obwohl die Militärregierung die Bildung von politischen Parteien bis zum September 1945 offiziell verboten hatte, entstanden nach der Niederlage des Nazisystems schon bald politische Gruppierungen, deren Mitglieder auch schon in der Weimarer Republik demokratischen Parteien angehört hatten. Sie nahmen Kontakt untereinander auf, um

beim Wiederaufbau des zerstörten Vaterlandes aktiv mitzuwirken.

Die sozialistischen Parteien der KPD und der SPD in Lohmar hatten unmittelbar nach dem Krieg schon wieder eine verhältnismäßig ausgeprägte Organisationsstruktur, die sie auch im Dritten Reich trotz intensiver Überwachung und Verfolgung im Untergrund aufrecht erhalten hatten. Obwohl die Militärregierung erst am 15. September 1945 mit ihren Verordnungen Nr. 10 (politische Versammlungen) und Nr. 12 (Bildung von Parteien) den rechtlichen Rahmen vorgab, fanden sich schon vor diesem Zeitpunkt Genossen der SPD zur SPD Siegkreis, Ortsgruppe Lohmar-Wahlscheid, zusammen. In den Akten des Stadtarchivs Lohmar gibt es Schreiben (v. 17.9.1945, 27.9.1945, 2.10.1945, 28.10.1945), in denen sie Vorschläge zum Wiederaufbau und zur Mitarbeit in dem Beratenden Ausschuss unterbreiten. Ortsvorsitzender war zu dieser Zeit Hans Euler aus Lohmar.

Die Ortsgruppe Lohmar der Kommunistischen Partei Deutschland (KPD), die in der Zeit der Weimarer Republik nur eine untergeordnete Rolle in Lohmar gespielt hatte, sammelte ihre Mitglieder schon kurz nach dem Krieg und nannte in einem Schreiben vom 14. September 1945 an den Amtsbürgermeister von Lohmar folgenden Vorstand der KPD-Ortsgruppe Lohmar: 1. Vorsitzender Wilhelm Paffrath, Gebermühle, 2. Vorsitzender Heinrich Haag, Schachenaue, Kassierer Josef Büscher, Ziegelfeld, 1. Schriftführer Peter Hagen, Lohmar, 2. Schriftführer Ernst Klein, Lohmar. Für den Beratenden Ausschuss schlug die KPD Paffrath und Büscher vor.

Am 29. Oktober 1946 benannte die Ortsgruppe Lohmar einen neuen Vorstand, deren Mitglieder Verhandlungsvollmacht für die KPD erhielten: Paffrath, Wilhelm, Gebermühle, Erster Vorsitzender; Bücher, Josef, Ziegelfeld, Stellvertretender Vorsitzender; Schmitz-Helff, Günther, Auf der Hardt, Schriftführer.

Die britische Militärregierung versuchte nach der Wiederbelebung der kommunalen Verwaltungen auch wieder die Arbeit demokratischer Parteien anzuregen. Am 15. September 1945 legte sie in ihrem Kontrollgebiet in der Verordnung Nr. 10 die Bedingungen für die Abhaltung politischer Versammlungen fest. Im Artikel I heißt es: „*Jede Person oder jede Gruppe von Personen, die eine politische Versammlung abzuhalten wünscht, muss der Militärregierung einen Antrag auf Genehmigung der Abhaltung einer solchen Versammlung unterbreiten.*“ Sieben Tage vorher musste der Antrag neben Ort und Zeit auch Namen und Anschriften der Personen, die bei der Versammlung Reden halten sollten, enthalten. Es musste der Zweck und die Höchstzahl der Personen, die an der Versammlung teilnehmen, genannt werden. Die Genehmigung zur Abhaltung der politischen Versammlung wurde schriftlich erteilt und forderte die Einhaltung der Vorschriften der Militärregierung.

Ebenfalls am 15. September 1945 erschien auf einem öffentlich ausgehängten Plakat die Verordnung Nr. 12 der Militärregierung zur „Bildung von politischen Parteien, um das Wachstum eines demokratischen Geistes in Deutschland zu fördern und um das Abhalten freier Wahlen an einem noch zu bestimm-



Blick vom Ziegenberg (nach 1945) auf das Kirchdorf Lohmar, das noch viele freie Bauplätze aufweist

MILITARY GOVERNMENT OF GERMANY

Fragebogen
PERSONNEL QUESTIONNAIRE

Warnung. Im Interesse von Klarheit ist dieser Fragebogen in deutsch und englisch verfaßt. In Zweifelsfällen ist der englische Text maßgeblich. Jede Frage muß so beantwortet werden, wie sie gestellt ist. Unterlassung der Beantwortung, unrichtige oder unvollständige Angaben werden wegen Zuwiderhandlung gegen militärische Verordnungen gerichtlich verfolgt. Falls mehr Raum benötigt ist, sind weitere Bogen anzuhäften.

Warning. In the interests of clarity this questionnaire has been written in both German and English. If discrepancies exist, the English will prevail. Every question must be answered as indicated. Omissions or false or incomplete statements will result in prosecutions as violations of military ordinances. Add supplementary sheets if there is not enough space in the questionnaire.

A. Personal
Personnel

Name *Hein*, *Ferdinand* Ausweiskarte Nr. *1954*
Name Surname Vorname Christian Name Identity Card No.
Geburtsdatum *5. 9. 1897* Geburtsort *Knippscher Hof*
Date of birth Place of birth
Staatsangehörigkeit *Preussisch* Gegenwärtige Anschrift *Knippscher Hof*
Citizenship Present address
Ständiger Wohnsitz *Knippscher Hof* Beruf *Landwirt*
Permanent residence Occupation
Gegenwärtige Stellung *Landwirt* Stellung, für die Bewerbung eingereicht
Present position Position applied for
Stellung vor dem Jahre 1933 *Landwirt*
Position before 1933

B. Mitgliedschaft in der NSDAP.

1. Waren Sie jemals ein Mitglied der NSDAP?
 Ja Nein
2. Daten
3. Haben Sie jemals eine der folgenden Stellungen in der NSDAP bekleidet?
(a) Reichsleiter, oder Beamter in einer Stelle, die einem Reichsleiter unterstand? Ja Nein
Titel der Stellung Daten
- (b) Gauleiter, oder Parteibeamter innerhalb eines Gaues? Ja Nein
Daten Amtsort
- (c) Kreisleiter, oder Parteibeamter innerhalb eines Kreises? Ja Nein
Titel der Stellung Daten
Amtsort
- (d) Ortsgruppenleiter, oder Parteibeamter innerhalb einer Ortsgruppe?
 Ja Nein Titel der Stellung
- Daten Amtsort
- (e) Ein Beamter in der Parteikanzlei? Ja
Nein Titel der Stellung
- Daten
- (f) Ein Beamter in der Reichsleitung der NSDAP? Ja
Nein Titel der Stellung
- Daten

B. Nazi Party Affiliations

Have you ever been a member of the NSDAP? yes, no. Dates.

Have you ever held any of the following positions in the NSDAP?

Reichsleiter or an official in an office headed by any Reichsleiter? yes, no; title of position; dates.

Gauleiter or a Party official within the jurisdiction of any Gau? yes, no; dates; location of office.

Kreisleiter or a Party official within the jurisdiction of any Kreis? yes, no; title of position; dates; location of office,

Ortsgruppenleiter or a Party official within the jurisdiction of an Ortsgruppe? yes, no; title of position; dates; location of office.

An official in the Party Chancellery; yes, no; dates; title of positions.

An official within the Central NSDAP headquarters; yes, no; dates; title of positions.

Teil des 7-seitigen Fragebogens der Militärregierung zur Entnazifizierung 1945:
Amtsbürgermeister Ferdinand Hein konnte eine politisch „weiße Weste“ vorweisen

menden Zeitpunkt vorzubereiten.“ Die Parteien konnten zunächst auf Kreisgrundlage gebildet werden, aber auch ein Zusammenschluss in größeren Gebieten wurde von der Militärregierung gestattet. Personen oder Gruppen, die den Wunsch hatten, eine Partei zu gründen, konnten Anträge auf Genehmigung bei der Militärregierung stellen.

Dem Antrag waren folgende Schriftstücke beizufügen:

- a) Entwurf der Satzung und Richtlinien.
- b) Ein ihre Ziele und Zwecke umfassendes Programm.
- c) Eine Liste mit Namen und Anschriften der zu bestimmten Ämtern vorgeschlagenen Personen unter Angabe des zu bekleidenden Amtes.
- d) Erklärung über die Finanzierung der Partei.
- e) Erklärung über die Höhe des zu zahlenden Beitrages.

Vor der Genehmigung durften politische Parteien nicht tätig und politische Versammlungen sowie öffentliche Umzüge nicht abgehalten werden. Genehmigte Parteien mussten der Militärregierung vor dem 1. Januar 1946 monatlich und danach halbjährlich Berichte mit folgenden Einzelheiten unterbreiten: Darlegung über die seit der Gründung oder dem vorhergehenden Bericht unternommenen Tätigkeiten. Eine finanzielle Aufstellung mit Angabe aller Einkünfte, Gesamtbetrag aller Beiträge und anderer Bezüge sowie die Hauptposten und Gesamtbeträge aller Ausgaben mussten vorgelegt werden. Verlangt wurde eine Liste der Namen und Anschriften der Vorstandsmitglieder sowie der Mitgliederzahl der Partei zu dem Zeitpunkt des Berichtes. Die vollständige Liste der Namen und Anschriften der Mitglieder musste jederzeit zur Einsicht der Militärregierung zur Verfügung stehen. Durch diese Bedingungen verschaffte sich die Militärregierung eine absolute Kontrolle über die neue politische Betätigung in ihrer Zone.

Alle Bestimmungen deutscher Gesetze, die seit dem 1. Januar 1933 über die politische Tätigkeit von Parteien erlassen worden waren, wurden von der Militärregierung aufgehoben. Strafen wurden an-

gedroht, wenn die Autorität der Militärregierung untergraben werde, wenn Zwietracht unter den alliierten Mächten gesät werde, wenn Krieg oder Militarismus verherrlicht oder vorbereitet würden, wenn das Naziregime wieder hergestellt oder ein ähnliches System eingesetzt werde, wenn benachteiligende Unterschiede gegen eine Person oder Gruppe von Personen auf Grund ihrer Rasse, Farbe, Staatsangehörigkeit oder ihres Glaubensbekenntnisses aufträten. Wenn Parteimitglieder an einer politischen Tätigkeit teilnahmen, deren Absicht oder Bestreben es sei, andere politische Ziele und Zwecke zu erreichen, als die in dem von der Militärregierung genehmigten oder geänderten Parteiprogrammen enthalten seien, setzten sie sich der Strafverfolgung durch ein Militärgericht aus. Wer an der Tätigkeit einer nicht genehmigten Partei teilnahme, müsse ebenfalls mit Bestrafung rechnen.

Die Mitarbeit in den Beratenden und den übrigen Ausschüssen der Kommunen konnte als Vorbereitung auf die Arbeit in den Parteien gesehen werden. Die SPD in Lohmar hatte sich schon vor der offiziellen Genehmigung durch die Militärregierung organisiert. Sie konnte Ende 1945 schon über zahlreiche, arbeitswillige Mitglieder verfügen, die bereit waren, in der Amtsvertretung und den Gemeindevertretungen im Lohmarer Raum mitzuwirken.

Als Kandidaten für die *Amtsvertretung Lohmar* schlug die SPD vor: Hans Euler, Lohmar, Otto Schug, Lohmar, Artur Pastowsky, Lohmar,

Jean Meier, Donrath, Johann Marx, Scheiderhöhe, Heinrich Ossendorf, Altenrath.

Für die *Gemeindevertretung von Lohmar* benannte die SPD: Hans Euler, Lohmar, Otto Schug, Lohmar, Artur Pastowsky, Lohmar, Johann Gorissen Lohmar, Heinrich Eschbach, Lohmar, Wilhelm Munn, Lohmar.

Für die *Gemeindevertretung von Altenrath* wollten Heinrich Ossendorf, Altenrath und Josef Nöttel kandidieren.

Für die *Gemeindevertretung Scheiderhöhe* trat Johann Marx, Scheiderhöhe, an.

In der *Gemeindevertretung von Halberg* wollten Jean Meier, Donrath und Wilhelm Fink, Halberg, mitwirken.

Anwärter für die Vertretungen in den Gemeinden Breidt und Inger wurden mit diesem Schreiben (8. Dezember 1945) nicht benannt. Offenbar war die SPD zu diesem Zeitpunkt in diesen beiden abseits gelegenen Dorfgemeinden noch nicht vertreten.

Nachdem die Militärregierung der CDU auf Kreisebene am 15. März 1946 das „Permit“ (Erlaubnis) zum politischen Arbeiten im Siegkreis erteilt hatte, wurde die Ortspartei der CDU in Lohmar am 8. Mai 1946 gegründet. Der Vorstand setzte sich zusammen aus:

- Pohl, Hubert, Kieselhöhe,
 1. Vorsitzender
 Müller, Bernhard, Hauptstraße,
 2. Vorsitzender



„Noch sehr dünn besiedelt war Donrath im Jahr 1945: Blick von Norden her“

Streichardt, Adalbert, Hauptstraße,
Schriftwart
Heimig, Adolf, Kirchstraße,
Kassenwart
Dr. Nöcker, Hermann-Löns-Straße,
Beisitzer
Lohmar, Heinrich, Wiesenpfad,
Beisitzer
Wacker, Franz, Hauptstraße,
Beisitzer

Auch über die Gründung des CDU-Ortsvereins Altenrath befindet sich ein Hinweis in den Archivakten der Stadt Lohmar. In Altenrath erfolgte die Gründung am 20. Juli 1946. Der Vorstand bestand aus:

Schäfer, Hans,	1. Vorsitzender
Graaf, Richard,	2. Vorsitzender
	und Geschäftsführer
Clemens, Josef	Kassierer
Koschel, Beisitzer	Beisitzer
Becker, H.	

Die Geschäftsstelle befand sich in Schengbüschel 3.

Weitere CDU-Ortsparteien wurden im Sommer 1946 in Inger und Scheiderhöhe ins Leben gerufen. Erheblich später entschlossen sich die in der Zentrumsparterie organisierten konservativen Kräfte in Breidt und Halberg, in ihren Gemeinden CDU-Ortsparteien zu gründen, denn bei den ersten freien Kommunalwahlen am 15. September 1946 wurden in beiden Orten ausschließlich Mitglieder des Zentrums in die Gemeinderäte gewählt. Die CDU sah sich als Auffangbecken nicht nur katholischer, sondern auch evangelischer Bürger, die sich als Flüchtlinge und Vertriebene in den Gemeinden des Amtes Lohmar niederließen. Diese Neubürger wollte man auch in einer starken, volkstümlichen Partei am Wiederaufbau beteiligen. Bis zu den Gründungen der CDU-Ortsvereine traten die christlichen Kräfte als „Christlich Demokratische Partei“ in Lohmar auf.

Auch die Liberalen in Lohmar fanden sich erst 1946 in der FDP zusammen.

Gemeindevertretungen und Richtlinien der Militärregierung

Um die Mitwirkung der Bürger an den örtlichen Verwaltungen über die Beratenden Ausschüsse hinaus zu erweitern, erließ die britische Militärregierung in ihrer Zone im November 1945 Richtlinien für Ver-

waltung und Selbstverwaltung in den Gemeinden und Gemeindeverbänden und im öffentlichen Dienst. Da das Land Nordrhein-Westfalen zu diesem Zeitpunkt noch nicht gebildet war, griffen die Briten auf die ehemaligen preußischen Verwaltungsstrukturen zurück und leiteten die Richtlinien über die Oberpräsidenten der Nordrheinprovinz und den Landrat an die Kommunen mit der Auflage, sie bis zum 31. Dezember 1945 einzuführen.

Statt der Beratenden Ausschüsse sollten jetzt Gemeindevertretungen vorgeschlagen und von der Militärregierung eingesetzt werden. Die Anzahl der Gemeindevertreter war von der Einwohnerzahl der Kommunen abhängig. Für die Gemeinden des Amtes Lohmar galt die Gruppe „Gemeinden mit 500 oder mehr, jedoch unter 2.000 Einwohner“. Die Gemeindevertretung sollte aus dem Bürgermeister und 12 Gemeindevertretern zuzüglich eines weiteren Vertreters für je 500 Einwohner bestehen. Bei der Auswahl der Gemeindevertreter sollten die verschiedenen Berufszweige und religiösen Bekenntnisse angemessen berücksichtigt werden. Die letzten freien Kommunalwahlen vom November 1929 sollten zweckmäßigerweise bei der parteilichen Zusammensetzung der Vertretungen zu Grunde gelegt werden. Die Namen, Anschriften und Parteizugehörigkeit der in Aussicht genommenen Amts- und Gemeindevertreter sollten unter Angabe der Ergebnisse der Wahlen von

1929 bis zum 28. Dezember 1945 an den Landrat übermittelt werden, damit der von der Militärregierung gesetzte Termin 31. Dezember 1945 unter allen Umständen eingehalten werden konnte. Die bisherigen Beratenden Ausschüsse blieben bis zum Zusammenschluss der Gemeindevertretungen bestehen.

Nach dem Stand vom 1. Dezember 1945 wurden folgende Einwohnerzahlen für die Gemeinden des Amtes Lohmar ermittelt:

Altenrath	633
Breidt	600
Halberg	843
Inger	732
Scheiderhöhe	932
Lohmar	2.029
Insgesamt Amt Lohmar	5.769
Einwohner (1939 waren es	4.211).

Neben dem von der Militärregierung ausgewählten Bürgermeister, der eine persönliche und ausschlaggebende Stimme besaß, gehörten allen Gemeindevertretungen des Amtes Lohmar jeweils zwölf Mitglieder an. Die Vertretungen sollten mindestens vierteljährlich tagen und einen haupt- oder nebenamtlichen, bezahlten Schriftführer ernennen. Nach der Berufung durch die Militärregierung wurden sie durch den zuständigen Militärvertreter einbestellt und beauftragt, neue Gemeindegremien zu erstellen, die die bisherigen Satzungen ersetzen sollten. Danach sollte eine Geschäftsordnung, die auch einen Finanzaus-



Die Hauptstraße von Lohmar aus Richtung Donrath im Jahr 1945

schuss vorsehen musste, erstellt und von der Militärregierung genehmigt werden. Vorgeschrieben war auch, dass die Protokolle und Beschlüsse der Sitzungen immer zur Einsicht durch die Offiziere zugänglich gehalten werden mussten. Beschlüsse konnten von den Militärvertretern abgelehnt oder zur nochmaligen Beratung zurückgegeben werden. Außerdem konnte die Militärregierung die Gemeindevertretungen beauftragen, Beschlüsse, die von den Offizieren besonders bezeichnet wurden, vor ihrer Ausführung noch einmal der Militärregierung zur Genehmigung vorzulegen.

Alle diese Neuerungen führten zu einer demokratischen Selbstverwaltung, gleichzeitig waren sie aber auch ein komplexes System zur Kontrolle und Überwachung der neuen Demokratiebewegung, die in den folgenden Jahren aber immer weiter gelockert wurden.

Folgende Mitglieder wurden für die *Amtsvertretung von Lohmar* benannt und von der Militärregierung bestätigt:

Clemens, Josef, Altenrath,
 Glaser, CDU
 Grünwald, Heinrich, Altenrath,
 Kaufmann, SPD
 Klein, Wilhelm, Geber,
 Landwirt, Zentrum
 Klein, Wilhelm, Kreuzhäuschen,
 Landwirt, Zentrum
 Schwamborn, Robert, Inger,
 Landwirt, CDU
 Kemmerich, Peter, Lohmar,
 Geschäftsführer, CDU
 Ennenbach, Johann, Lohmar,
 Angestellter, CDU
 Hagen, Josef, Lohmar,
 Arbeiter, CDU
 Hein, Ferdinand, Knipscherhof,
 Landwirt, Zentrum
 Kellershohn, Wilhelm, Geber,
 Schmied, FDP
 Dr. Kresse, Alwin, Altenrath,
 Arzt, SPD
 Klein, Peter Josef, Lohmar,
 Drechsler, SPD
 Lagier, Josef, Heppenberg,
 Landwirt, Zentrum
 Willaredt, Peter, Grimberg,
 Ingenieur, Zentrum
 Fischer, Hans, Lohmar,
 Elektromeister, Zentrum
 Zum *Amtsbürgermeister* wurde am 29. April 1946 *Ferdinand Hein* (zugleich *Gemeindebürgermeister von Scheiderhöhe*) zur Ernennung durch die Militärregierung gewählt, zu seinem Stellvertreter wurde Johann Ennenbach berufen..

Zunächst hatte die Militärregierung die politischen Ämter als Ehren-

ämter vorgesehen. Schon nach wenigen Wochen stellte die Amtsvertretung aber fest, dass die Tätigkeit des Amtsbürgermeisters, der auch noch seinem Beruf als Landwirt nachgehen musste, viel Idealismus und ein unzumutbares Maß an Arbeit abverlangte.

Deshalb stellte die Amtsvertretung am 28. Juni 1946 über den Landrat bei der Militärregierung den Antrag, dem Amtsbürgermeister einen Ehrensold von 120,00 RM im Monat zuzubilligen. Außerdem sollten ihm die Kosten, die durch die Benutzung eines Kraftfahrzeugs entstanden, erstattet werden. Die Militärregierung gab diesem Antrag statt, sodass das Amt Lohmar seinem Bürgermeister für die Zeit vom 29. April 1946 bis 14. September 1946 (Tag der Wahl bis zu den nächsten Kommunalwahlen) 544,00 RM überweisen konnte.

In der gleichen Sitzung wählte die Amtsvertretung den bisherigen Amtsbürgermeister Richard Schmidt zum Amtsdirektor, befristet für die Zeit bis zu den nächsten Kommunalwahlen.

Um die Gemeindevertreter in die Arbeit für das Amt Lohmar enger einzubinden, wurden zum gleichen Zeitpunkt vier Ausschüsse berufen:

Hauptausschuss

Amtsbürgermeister Hein
 Josef Lagier
 Peter Kemmerich
 Peter Josef Klein
 Hans Fischer

Finanzausschuss

Dem Finanzausschuss gehörten sämtliche Mitglieder der Gemeindevertretung an.

Arbeitsausschuss

des Finanzausschusses

Peter Kemmerich
 Johann Ennenbach
 Josef Clemens
 Wilhelm Kellershohn
 Josef Lagier
 Hans Fischer
 Peter Josef Klein
 Heinrich Grünwald

Sonderausschuss zur

Interessenvertretung der Bewohner von Altenrath

Amtsbürgermeister Hein
 Josef Lagier
 Josef Clemens
 Heinrich Grünwald

Die Gemeindevertretungen der amtsangehörigen Gemeinden wählten nach ihrer Konstituierung ihre Bürgermeister. Alle Vorschläge wurden von der Militärregierung anerkannt und somit im Mai 1946 folgende Gemeindebürgermeister berufen:

Gemeinde Altenrath
 Hans Schäfer, Möbelpolier
 Gemeinde Breidt

Wilhelm Felder,
 Gewerkschaftssekretär i.R.

Gemeinde Halberg
 Wilhelm Klein, Landwirt

Gemeinde Inger
 Robert Schwamborn, Landwirt

Gemeinde Scheiderhöhe
 Ferdinand Hein, Landwirt

Mit dem gleichen Verwaltungsakt wurde auch Amtsdirektor Schmidt berufen.



Weitgehend unbeschädigt blieb die von Linden gesäumte Hauptstraße von Lohmar

KPD fordert Sitze in den Vertretungen

Unstimmigkeiten gab es bei der Benennung von KPD-Mitgliedern bei den Amts- und Gemeindevertretungen im Amt Lohmar. Die Ortspartei Lohmar-Wahlscheid der KPD fühlte sich benachteiligt, da keine Kommunisten Aufnahme in die Gemeindevertretungen von Lohmar und Wahlscheid gefunden hatten. Deshalb legte die Kreisleitung „Sieg“ der KPD am 4. Januar 1946 Beschwerde bei Landrat Clarenz in Siegburg ein: *„Der Bürgermeister von Lohmar, der gleichzeitig das Amt Wahlscheid verwaltet, macht unseren Leuten sehr viel Schwierigkeiten.“* Der Amtsbürgermeister halte sich nicht an die Vereinbarungen, dass die Sitze unter den vier in Frage kommenden Parteien wie Zentrum, SPD, KPD und Demokraten verteilt würden. Und wörtlich weiter: *„Es geht doch nicht an, dass diese Bürgermeister heute noch machen, was sie wollen. Die Zeit des selbtherrlichen Regierens ist vorbei und gerade die Kommunistische Partei hat ein Anrecht darauf, sich an die Spitze des Wiederaufbaues Deutschlands zu stellen. Denn sie hat in den vergangenen Jahren der Naziherrschaft die meisten Opfer gebracht. Tausende unserer Genossen sind in den Gefängnissen, Zuchthäusern und KZ-Lagern gestorben und gemordet worden. Wir wollen keine Bevorzugung, aber wir haben ein Anrecht, mit den anderen Parteien gleichberechtigt zu sein.“*

Wir sind keine Oppositionspartei mehr, sondern eine Aufbaupartei mit gleichen Rechten wie die anderen demokratischen Parteien. Gegen eine Benachteiligung und Zurückstellung unserer Leute seitens der einzelnen Bürgermeister erheben wir mit aller Schärfe Einspruch. Wir erwarten von Ihnen, Herr Landrat, dass Sie die oben genannten Fälle bereinigen.“

Amtsbürgermeister Schmidt wies in seiner Stellungnahme an den Landrat darauf hin, dass der Vertreter der KPD Lohmar, Wilhelm Paffrath aus Gebermühle, es trotz wiederholter Aufforderung versäumt habe, die Vorschläge fristgerecht am 28. Dezember 1945 einzureichen. Paffrath habe seinen Vorschlag erst am 2.

Januar 1946 vorgelegt, da ihm die Aufstellung geeigneter Kandidaten (von sechs) schwer gefallen sei. So sei die amtliche Entscheidung rechtmäßig gewesen.

Der KPD-Ortsverein Lohmar hakte in einem Schreiben vom 8. April 1946 an den Amtsbürgermeister noch einmal nach und forderte, der KPD in Anbetracht ihrer Stärke in Lohmar mindestens einen Sitz einzuräumen. Das Zentrum müsse mindestens auf einen Sitz zugunsten der KPD verzichten. Dieser Vorschlag wurde in der Sitzung der Gemeindevertretung am 11. April 1946 eingehend beraten. Die Zentrumsfraktion erklärte sich schließlich bereit, der KPD einen Sitz zur Verfügung zu stellen (Schreiben v. 15. April 1946) und zog ihren Vertreter Heinrich Eimermacher zurück. Nach diesem Entgegenkommen benannte Ortsparteivorsitzender Paffrath den Gemeindearbeiter Josef Büscher, wohnhaft Ziegelfeld, als Mitglied der Gemeindevertretung Lohmar. Jetzt musste nur noch die Militärregierung zustimmen. Landrat Clarenz wies den Amtsbürgermeister im Auftrag der Militärregierung aber darauf hin, dass nach den Richtlinien keine bezahlte Dienstkraft einer Gemeinde Mitglied des Vertretungsausschusses dieser Gemeinde sein könne, es sei denn, der Kandidat würde für die Zeit in der Gemeindevertretung aus den Diensten der Gemeinde Lohmar ausscheiden. Da Josef Büscher den Vorschlag der Militärregierung ablehnte, konnte die KPD Lohmar einen anderen Kandidaten benennen. Sie schlug stattdessen den Arbeiter Heinrich Sauerwald, wohnhaft in der Hauptstraße, vor, dem am 13. Mai 1946 seine Ernennung durch den Landrat mitgeteilt wurde.

Nach diesem Erfolg versuchte die KPD Lohmar auch in der Gemeindevertretung von Halberg dadurch einen Sitz zu erhalten, dass auch hier die Mehrheitspartei Zentrum auf einen Sitz verzichtete. Die Gemeindevertretung lehnte in der Sitzung vom 4. Juni 1946 diesen Antrag aber mit elf Stimmen ab. Nur der Vertreter der SPD sprach sich für den Vorschlag der KPD aus, war aber nicht bereit, von sich aus auf ein Mandat für die KPD zu verzichten.

Auch für die Gemeindevertretung von Wahlscheid, die auf Anordnung der Militärregierung von Amtsbürgermeister Schmidt mitverwaltet wurde, beantragte die KPD Lohmar-Wahlscheid die Berücksichtigung in der Vorschlagsliste. KPD-Vorsitzender Wilhelm Paffrath begründete seine Forderung mit den 17 KPD-Mitgliedern, die in der Gemeinde Wahlscheid ihren Wohnsitz hatten. Bei den Verhandlungen der Parteivertreter mit Amtsbürgermeister Schmitz für die Aufstellung der Vorschlagslisten war auch die KPD durch ein Mitglied vertreten, das sich mit der Ablehnung eines KPD-Kandidaten abfand. Zu keiner Zeit war die KPD im Gemeinderat von Wahlscheid vertreten gewesen. Bei einer Einwohnerzahl von 4.033 Personen ließ sich auch mit den 17 KPD-Mitgliedern kein Sitz in der Gemeindevertretung rechtfertigen. Den Vorschlag des Amtsbürgermeisters, die SPD möge auf einen Sitz zugunsten der KPD verzichten, lehnt deren Vertreter ab. Die Namen der Mitglieder in der Gemeindevertretung und ihre Parteizugehörigkeit waren in den Akten des Stadtarchivs Lohmar nicht auffindbar.

Welche Orientierungslosigkeit und Unsicherheit bei manchen politikinteressierten Bürgern in dieser Zeit der Wiederbelebung der Demokratie bestand, zeigt das Beispiel eines Bewerbers für die Amtsvertretung Lohmar, der sich nicht nur bei der Zentrumspartei als Kandidat aufstellen ließ, sondern auch bei der SPD. Gegensätzlicher von ihrer Geschichte und Ideologie her konnten die beiden erwählten Parteien nicht sein! Amtsbürgermeister Schmidt blieb nichts anderes übrig, als den Anwärter in beiden Listen zu streichen.

Ein weiteres Beispiel ist der Fall eines Akademikers, der nach der Aussage des KPD-Vorsitzenden Wilhelm Paffrath Mitglied dieser Partei war. Er zeigte aber nach Angaben vom Zentrums-Vorsitzenden Josef Lagier auch Interesse an einer Betätigung in der Zentrumspartei. Schließlich entschloss sich der Kandidat für die Mitarbeit in der SPD (ab 1. Januar 1946 Mitglied), die ihn für die Amtsvertretung von Lohmar und die Gemeindevertretung von Altenrath aufstellte, nach-

dem zuvor ein anderer Bewerber zurückgetreten war.

Eine Gegebenheit fällt bei der Benennung der Beratenden Ausschüsse, bei der Aufstellung der Gemeindevertretungen wie auch bei den durch freie Wahlen entstandenen Gemeinderäten auf: Es befanden sich keine Frauen unter den berufenen Politikern. Der Begriff „Frauenquote“ war noch gar nicht erfunden. Woran lag diese Nichtberücksichtigung bei den Aufstellungen der Kandidaten und der Politik-Abstinenz der Frauen?

In Deutschland hatte die ausschließlich von Männern vertretene Politik den Frauen erst im Jahr 1919 das aktive und passive Wahlrecht zugebilligt, nachdem sie im Ersten Weltkrieg in vielen Bereichen „ihren Mann“ gestanden hatten. In der Zeit der Weimarer Republik gab es wenige, aber bedeutsame Frauen, die in der Politik mitmischten, der größte Teil der Frauen – auch hier in Lohmar – war in den Zeiten großer wirtschaftlicher Not gezwungen, sich in erster Linie um ihre Familien zu kümmern. Im Dritten Reich wurde der Frau ihre Rolle als Hausfrau und Mutter zugewiesen, die sich um die Aufzucht gesunden Nachwuchses (für Volk und Vaterland) zu kümmern hatte. Im Zweiten Weltkrieg wurden wiederum viele Frauen in allen Arbeitsgebieten der Wirtschaft eingesetzt, um die Kriegswirtschaft bei allem Männermangel am Laufen zu halten. In diesen Bereichen hatten sie sich voll emanzipiert, nicht aber in der Nachkriegspolitik, die in der Anfangszeit der neuen Demokratie fast reine Männersache war.

Trennung von Verwaltung und politischem Bürgermeister

In einer Verfügung des Landrates im Auftrag der Militärregierung vom 1. Februar 1946 teilte er den Gemeinden mit, dass jetzt auch die Trennung der Aufgaben des Bürgermeisters und der Verwaltungen in den Gemeinden durchzuführen sei. Der neue, politische Bürgermeister galt jetzt als der Repräsentant der Kommune und als Vorsitzender der Amts- bzw. der Gemeindevertretung.

Die Verwaltung sollte künftig von einem hauptamtlichen Gemeinde-



Das alte Rathaus an der Hauptstraße in Lohmar

bzw. Amtsdirektor geleitet werden. Die Aufgaben des ehrenamtlichen Schriftführers sollten jetzt von den Gemeinde- bzw. Amtsdirektoren übernommen werden. Von den Niederschriften mussten Abschriften in deutscher und englischer Sprache angefertigt und an den Landrat zur Weiterleitung an die Militärregierung eingereicht werden. Erst zwei Jahre später (15. Juli 1948) teilte der Oberkreisdirektor den Gemeinden mit, dass sich auf seine Anregung hin die örtliche Militärvertretung damit einverstanden erklärt habe, künftig auf die Sitzungsniederschriften in englischer Sprache zu verzichten. Dafür sollten in der Folgezeit die deutschsprachigen Niederschriften in zweifacher Ausfertigung eingereicht werden.

Der Name des von der Gemeindevertretung vorgeschlagenen ehrenamtlichen Bürgermeisters war nach der ersten Sitzung an den Landrat zu melden, damit die örtliche Militärbehörde ihn offiziell ernennen konnte. Dem zwingend vorgeschriebenen Finanzausschuss mussten in Gemeinden unter 10.000 Einwohnern, also auch in Lohmar, alle Mitglieder der Gemeindevertretung angehören. Weitere Ausschüsse konnten nach den örtlichen Bedürfnissen eingerichtet werden. Zu allen Erweiterungen und Veränderungen musste aber immer die Zustimmung der Militärregierung eingeholt werden.

Die Militärregierung in Siegburg ordnete im März 1946 an, sie von

allen Sitzungen der Gemeinde- und Amtsvertretungen rechtzeitig zu informieren, da beabsichtigt sei, zu einzelnen Sitzungen Vertreter der Militärregierung zu entsenden. Zu diesem Zweck sollten zu Beginn eines jeden Monats die vorgesehenen Sitzungen unter Angabe von Zeitpunkt, Tagungslokal und Tagesordnung zur Unterrichtung der Militärregierung eingereicht werden. Da diese Anordnungen im April und Mai 1946 nur unzureichend eingehalten worden waren, ordnete die Militärregierung Ende Mai 1946 an, die Meldungen über vorgesehene Sitzungen wöchentlich bis zum Freitag vorzulegen.

Am 18. Mai 1946 teilte Landrat Josef Clarenz den Kommunen mit, dass auch bei der Kreisverwaltung des Siegkreises in Siegburg die Trennung zwischen dem Chef der Verwaltung und dem Landrat vorgenommen worden sei. Die Militärregierung ernannte den Landrat a.D. Gorius zum Landrat des Siegkreises. Der bisherige Landrat Josef Clarenz wurde zum neuen Oberkreisdirektor als Chef der Verwaltung eingesetzt. Der amtliche Schriftverkehr firmierte jetzt unter „Kreisverwaltung des Siegkreises – Der Oberkreisdirektor“.

Auch in Lohmar wurde zu diesem Zeitpunkt die Trennung von Amtsbürgermeister und Verwaltungschef vorgenommen. Der bisherige Amtsbürgermeister Richard Schmidt wurde durch die Militärregierung zum Amtsdirektor von Lohmar und

in Personalunion zum Gemeindevizektor der selbständigen Gemeinde Wahlscheid ernannt. Dieses zusätzliche Amt verwaltete er bis zum Februar 1947.

Die ersten freien Kommunalwahlen am 15. September 1946

Nach der Umbenennung und Erweiterung der Beratenden Ausschüsse in Gemeindevertretungen übernahm Ferdinand Hein vom Knipscherhof am 8. Mai 1946, eingesetzt von der Militärregierung, offiziell das Amt des Amtsbürgermeisters des Amtes Lohmar. Die ehrenamtlich tätigen Politiker in den Gemeinden versuchten in dieser von unsäglicher Not geprägten Zeit trotz aller Hemmnisse mit großem Enthusiasmus am Wiederaufbau ihres zerstörten Landes unter ungünstigsten Umständen und über alle Parteigrenzen hinweg mitzuwirken.

Sie überzeugten die britische Militärregierung, dass die Kommunalpolitiker auf der untersten Ebene bereit und in der Lage waren, die Grundsätze eines neuen demokratischen Aufbaus verantwortungsvoll zu vertreten und anzuwenden. Auch ohne direkte Einwirkung der Militärregierung wurden die Regeln der Demokratie eingehalten. Die Bevölkerung hatte in diesem Zeitraum den Unterschied zwischen der ungerechten Einparteidiktatur der Nazis und einer sich bildenden pluralistischen Gesellschaft, die durch verschiedene Parteien vertreten wurde, kennen und schätzen gelernt, obwohl manchmal auch noch der „Ohne-mich“-Standpunkt geäußert wurde. So wurde 16 Monate nach Kriegsende den Parteien und der Bevölkerung zugestanden, am 15. September 1946 zum ersten Mal ihre Kommunalvertretungen ohne Einflussnahme der Militärregierung frei zu wählen. Die Parteien und nicht mehr der Amtsbürgermeister stellten ihre Kandidatenlisten zusammen, ohne dass Einfluss von außen genommen wurde. Es war die Zeit, als die britische Militärregierung die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen in die Wege leitete (23. August 1946) und der erste ernannte Landtag im Opernhaus Düsseldorf im Beisein der britischen Repräsentanten, Gouver-

neur William Asbury und Luftwaffenmarschall Sir Sholto Douglas, zusammentrat (2. Oktober 1946). Erster Ministerpräsident wurde Rudolf Amelunxen (Zentrum).

Die Wahl zur *Amtsvertretung von Lohmar* hatte folgendes Ergebnis (alphabetische Reihenfolge):

- Boddenberg, A., Landwirt, Oberscheid, Zentrum
 - Broich, Josef, Müller, Breidterstegsmühle, Zentrum
 - Dunkel, Johann, Tiefbauunternehmer, Donrath, Zentrum
 - Ennenbach, Johann, Angestellter, Lohmar, CDU
 - Euler, Hans, Handelsvertreter, Lohmar, SPD
 - Hagen, Josef, Fabrikarbeiter, Lohmar, CDU
 - Hauptmann, Peter, Bäcker, Birk, CDU
 - Hein, Ferdinand, Landwirt, Knipscherhof, Zentrum
 - Hover, Peter, Maschinist, Wielpütz, CDU
 - Kemmerich, Peter, Geschäftsführer, Lohmar, CDU
 - Klein, Wilhelm, Landwirt, Geber, Zentrum
 - Lohmar, Heinrich, Fabrikarbeiter, Lohmar, CDU
 - Mirbach, Johann, Landwirt, Naaferberg, Zentrum
 - Schäfer, Hans, Verw.-Angestellter, Altenrath, CDU
 - Wielpütz, Johann, Landwirt, Ellhausen, Zentrum
- Amtsbürgermeister Ferdinand Hein,
Stellvertreter Josef Broich

Die Gemeindevertretung von Lohmar:

- Becker, Josef, Landwirt, Lohmar, Hauptstraße, CDU
 - Broicher, Baptist, Angestellter, Lohmar, Mühlenweg, Zentrum
 - Ennenbach, Johann, Angestellter, Lohmar, Altenrather Str., CDU
 - Hagen, Josef, Fabrikarbeiter, Lohmar, Gartenstraße, CDU
 - Höndgesberg, Johann, Landwirt, Lohmar, Kieselhöhe, CDU
 - Jansen, Peter, Landwirt, Lohmar, Pützerau, CDU
 - Kemmerich, Peter, Geschäftsführer, Lohmar, Hauptstr., CDU
 - Lohmar, Heinrich, Vorarbeiter, Lohmar, Wiesenpfad, CDU
 - Pohl, Hubert, Arbeiter, Lohmar, Kieselhöhe, CDU
 - Schmidt, Bernh., Reichsbahnzusteller, Lohmar, Bachstr., Zentrum
 - Schönenborn, Felix, Autotransporteur, Lohmar, Kirchstr., CDU
 - Wacker, Franz, Reichsbahnschmied, Lohmar, Hauptstr., CDU
- Bürgermeister Peter Kemmerich,
Stellvertreter Johann Ennenbach

Die Gemeindevertretung von Altenrath:

- Bungard, Johann, Landwirt, Altenrath, Kirchstraße, CDU
- Burger, Paul, Vertreter, Altenrath, Grabenstraße, CDU

- Clemens, Josef, Glaser, Altenrath, CDU
 - Graaf, Richard, kaufm. Angestellter, Altenrath, Rübkamp, CDU
 - Dr. Kresse, Alwin, Arzt, Altenrath, Kirchstraße, SPD
 - Schäfer, Hans, Verw.-Angest., Altenrath, Schengbüchel, CDU
 - Schwirten, Hubert, Altenrath, Zentrum
 - Wolf, Johann, Landwirt, Altenrath, Höhewiese, CDU
 - Hartges, Johann, Schreiner, Altenrath, Kirchstraße, Zentrum
- Bürgermeister Hans Schäfer,
Stellvertreter Richard Graff
- ### *Gemeindevertretung Breidt:*
- Ballensiefen, Gottfried, Landwirt, Geber, Zentrum
 - Broich, Josef, Müller, Breidterstegsmühle, Zentrum
 - Eich, Adolf jun., Landwirt, Krahwinkel, Zentrum
 - Felder, Wilhelm, Gewerkschaftssekretär i.R., Breidt Zentrum
 - Klink, Rudolf, Landwirt, Weegermühle, Zentrum
 - Merten, Josef, Arbeiter, Geber, Zentrum
 - Pütz, Johann, Landwirt, Winkel, Zentrum
 - Weber, Wilhelm, Landwirt, Breidt, Zentrum
 - Wurm, Wilhelm, Vermessungsgehilfe, Breidt, Zentrum
- Bürgermeister Wilhelm Felder,
Stellvertreter Wilhelm Weber

Gemeindevertretung Halberg:

- Bürvenich, Andreas, Rentner, Donrath, Hauptstraße, Zentrum
 - Dunkel, Job., Tiefbauunternehmer, Donrath, Hauptstraße Zentrum
 - Klein, Wilhelm, Landwirt, Kreuzhäuschen, Zentrum
 - Knipp, Theodor, Milchhändler, Broich, Zentrum
 - Mirbach, Johann, Landwirt, Naaferberg, Zentrum
 - Müller, Wilhelm, Landwirt, Grimberg, Zentrum
 - Wielpütz, Johann, Landwirt, Ellhausen, Zentrum
 - Willaredt, Peter, Ingenieur, Grimberg, Zentrum
 - Zimmermann, Josef, Landwirt, Grimberg, Zentrum
- Bürgermeister Wilhelm Klein,
Stellvertreter Johann Wielpütz

Gemeindevertretung Inger:

- Maylöhner, Josef, Landwirt, Inger, CDU
 - Pohl, Josef, Landwirt, Winkel, CDU
 - Roland, Heinrich, Werkmeister, Heide, CDU
 - Sommerhäuser, Aloys, Landwirt, Neuenhaus, CDU
 - Söntgerath, Matthias, Waldarbeiter, Inger, CDU
 - Schwamborn, Robert, Landwirt, Inger, CDU
 - Wacker, Wilhelm, Händler, Birk, CDU
 - Weiler, Karl, Landwirt, Algert, CDU
 - Wurm, Konrad, Schmied, Birk, CDU
- Bürgermeister Konrad Wurm,
Stellvertreter Alois Sommerhäuser

Gemeindevertretung Scheiderhöhe:

Decker, Peter, Müller u. Bäcker,
Gammersbacher Mühle, Zentrum
Hover, Peter, Maschinist,
Wielpütz, CDU
Hock, Wilhelm, Landwirt,
Hammersch, Zentrum
Jansen, Heinrich, Landwirt,
Höngesberg, Zentrum
Kreuzberg, Peter, Landwirt,
Klasberg, Zentrum
Scharrenbroich, W., Arbeiter,
Hammersch, Zentrum
Schmitz, Johann, Gerber,
Wielpütz, CDU
Schwindt, Wilhelm, Landwirt,
Oberscheid, CDU
Völkerath, Josef, Landwirt,
Reelsiefen, CDU
Bürgermeister Heinrich Jansen,
Stellvertreter Peter Hover

Ehrensold für den Amtsbürgermeister und die Gemeindebürgermeister

Nach den Wahlen der politischen Bürgermeister in den amtsangehörigen Gemeinden nahmen die Gemeindevertretungen untereinander Kontakt auf, um die Frage eines Ehrensoldes für die im Ehrenamt gewählten und eingesetzten Bürgermeister zu klären, da dieses Amt mit einem erheblichen Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden war.

Im November und Dezember 1946 beschlossen alle Gemeinderäte, ihren Bürgermeistern wie bisher einen jährlichen Ehrensold von 45 Reichspfennig pro Einwohner zuzubilligen und diese Regelung von der Militärregierung genehmigen zu lassen. Auf die einzelnen Gemeinden sollten dann ab dem Rechnungsjahr 1947 folgende Kosten für ihre Bürgermeister zukommen (Einwohnerzahl zum 1. Januar 1947):

Altenrath	1.025 Einw.	461,25 RM
Breidt	618 Einw.	278,10 RM
Halberg	866 Einw.	389,70 RM
Inger	877 Einw.	394,65 RM
Lohmar	2.385 Einw.	1.073,25 RM
Scheiderhöhe	1.048 Einw.	471,60 RM

Der jeweilige Ehrensold galt für ein Jahr und war danach neu zu berechnen und zu bewilligen. Der Amtsdirektor von Lohmar wies in seinem Antrag auf Genehmigung darauf hin, dass die Gemeindebürgermeister am 30. September 1946 gewählt und anschließend bestätigt worden wären. Ihre Amtsdauer endet nach einem Jahr am 30. September 1947, sodass der Ehrensold für diesen Zeitraum gelten müsse. Am 18. Juni 1947 erteilte

die Militärregierung über den Oberkreisdirektor die Genehmigung für den Ehrensold des Amtsbürgermeisters und der Gemeindebürgermeister.

Im Vergleich zur heutigen Zeit mussten die Aufgaben im Amt Lohmar mit einem kleinen Kollegium von Beamten und Angestellten bewältigt werden. 1939 bestand die Verwaltung aus zwei Beamten und neun Angestellten, in der Mehrzahl Männer (bei 4.211 Einwohnern). Durch den Zuzug von Fliegergeschädigten aus den Großstädten und von Flüchtlingen stieg die Einwohnerzahl 1945 auf 5.769, die von zwei Beamten und 15 Angestellten verwaltet wurden. Nach Anordnung der Militärregierung musste der Amtsbürgermeister bzw. der Amtsdirektor ab Mai 1945 auch noch die Verwaltungsgeschäfte der Gemeinde Wahlscheid mit übernehmen. Schon während der Kriegszeit ab April 1942 wurden auf Anordnung der Dienstaufsicht die Amtskassen von Lohmar und Wahlscheid zusammengelegt und in Lohmar abgewickelt. Der Kostenaufwand für die Führung der beiden Kassen wurde entsprechend der Bevölkerungszahl zu einem Drittel von Wahlscheid und zu zwei Dritteln von Lohmar übernommen.

Im Herbst 1946 wurde in den Gremien des Amtes Lohmar über eine Beteiligung der Gemeinde Wahlscheid an den Kosten für das Gehalt des Amtsdirektors nachgedacht. Die Kommunalpolitiker wie auch der Amtsdirektor, der seit der Aufnahme seines Dienstes in Lohmar auch für die Gemeinde Wahlscheid arbeitete, vertraten die Ansicht, dass sich Wahlscheid auch an den Kosten des Verwaltungschefs beteiligen müsse. Die Amtsverwaltung von Lohmar stellte deshalb am 28. November 1946 beim Oberkreisdirektor in Siegburg den Antrag, Wahlscheid mit einem Drittel am Gehalt des Amtsdirektors zu beteiligen, da er wöchentlich zwei volle Tage für den Nachbarort im Dienst und für diese Zeit dem Dienst für Lohmar entzogen sei.

Amtsdirektor Richard Schmidt hatte sich beim neu eingerichteten Kultusministerium in Düsseldorf um die Stelle eines Oberregierungsrates beworben und war zum

1. Dezember 1946 berufen worden. Er hatte in der Zeit von Ende Mai 1945 bis November 1946 die Amtsverwaltung in Lohmar geleitet. Mit seinem Ausscheiden war auch das Ende seiner Amtsführung in Wahlscheid verbunden. Sein Nachfolger, Amtsdirektor Priel, versuchte nun in einem lange währenden Prozess eine Mitbeteiligung der Gemeinde Wahlscheid am Gehalt seines Vorgängers zu erreichen und fand darin auch die Zustimmung des Oberkreisdirektors Clarenz. Für das Haushaltsjahr 1945 (endend am 31. März 1946) verzichtete das Amt Lohmar auf eine Zahlung durch die Gemeinde Wahlscheid. Mit Nachdruck wurde aber eine Kostenbeteiligung vom 1. April 1946 bis zum 30. November 1946 durch Wahlscheid erwartet. Das Gehalt des Amtsdirektors belief sich monatlich auf brutto 656 RM, für acht Monate also 5.248 RM.

Wahlscheid argumentierte, dass Amtsdirektor Schmidt erst nach Dienstschluss in Lohmar seine Tätigkeit in Wahlscheid aufgenommen habe und dort nur drei Stunden pro Woche tätig gewesen sei. Sein Vorgänger habe die gleiche Funktion und Arbeiten wie in Lohmar in der Gemeindeverwaltung Wahlscheid zu leisten gehabt, erwiderte Amtsdirektor Priel. Diese Obliegenheiten hätte er nicht nach Feierabend und in drei Stunden wöchentlich abwickeln können. Tatsache sei, dass Schmidt fast jeden Tag sicher und ein über den anderen Tag für drei bis vier Stunden und länger nach Wahlscheid abwesend war und nicht selten auch eine von Lohmar besoldete Angestellte als Hilfskraft mitgenommen habe.

Obwohl im Jahr 1947 mehrere Schreiben zwischen Lohmar und Wahlscheid sowie dem Oberkreisdirektor in Siegburg als Aufsichtsbehörde gewechselt worden waren, weigerte sich die Gemeinde Wahlscheid beharrlich, sich an den Kosten für das Gehalt von Amtsdirektor Schmidt zu beteiligen. Amtsdirektor Priel schrieb deshalb am 16. Januar 1948 an den Oberkreisdirektor: „Das Amt Lohmar kann sich mit der einfachen Zahlungsweigerung der Gemeinde Wahlscheid nicht abfinden und muss in diesem Falle eine aufsichtsbehördliche Festsetzung der Kostenbeteiligung er-

Das Ergebnis der Bürgermeisterwahlen in der Amtsvertretung und den Gemeindevertretungen 1948 im Amt Lohmar:

Amt Lohmar	Hein, Ferdinand	Knipscherhof	Selbstständiger Landwirt	Zentrum
Stellvertreter	Ennenbach, Johann	Lohmar	Kaufm. Angestellter	CDU
Gemeinde Altenrath	Clemens, Josef	Altenrath	Buchdrucker u. Glasermeister	CDU
Stellvertreter	Horst, Johann	Altenrath	Postagent	Zentrum
Gemeinde Breidt	Felder, Wilhelm	Breidt	Gewerkschaftssekretär i.R.	Zentrum
Stellvertreter	Demmer, Johann	Geber	Selbst. Landwirt	Zentrum
Gemeinde Halberg	Klein, Wilhelm	Kreuzhäuschen	Selbst. Landwirt	Zentrum
Stellvertreter	Dunkel, Johann	Donrath	Tiefbauunternehmer	Zentrum
Gemeinde Inger	Pohl, Josef	Winkel	Selbst. Landwirt	CDU
Stellvertreter	Sommerhäuser, Alois	Neuenhaus	Selbst. Landwirt	CDU
Gemeinde Lohmar	Herchenbach, Anton	Lohmar	Selbst. Bauunternehmer	Zentrum
Stellvertreter	Broicher, Baptist	Lohmar	Angestellter	Zentrum
Gemeinde Scheiderhöhe	Jansen, Heinrich	Höngesberg	Selbst. Landwirt	Zentrum
Stellvertreter	Scharrenbroich, Wilh.	Hammersch	Hausmeister	Zentrum

warten. Da die Angelegenheit nun schon über ein Jahr schwebt, darf ich wohl um eine solche Festsetzung bitten.“

Nun brachte die Gemeinde Wahlscheid einen anderen Vorgang zur Sprache, um die Zahlung zu vermeiden. Sie behauptete in einem Schreiben an Gemeindebürgermeister Jansen von Scheiderhöhe, dass sie auf Verlangen des damaligen Gouverneurs Collins den auf dem Gebiet der Gemeinde Scheiderhöhe liegenden Weg von der Aggerbrücke nach Schiffarth instandgesetzt habe. Wahlscheid verlangte nun für diese Arbeiten Ersatz von der Gemeinde Scheiderhöhe bzw. eine Aufrechnung gegenüber der Forderung des Amtes Lohmar. In einem Schreiben an den Oberkreisdirektor (1. April 1948) stellte Amtsdirektor Priel fest, dass der Verrechnungs-

vorschlag der Wahlscheider abwegig sei. Der angeblich instandgesetzte Weg gehe eindeutig zulasten der Gemeinde Scheiderhöhe und nicht des Amtes Lohmar. Ausserdem habe der Bürgermeister der Gemeinde Scheiderhöhe in mündlicher Auseinandersetzung mit Wahlscheid klargestellt, dass eine Wegeinstandsetzung überhaupt nicht stattgefunden habe und weder gegen Scheiderhöhe, geschweige denn gegenüber dem Amt Lohmar Forderungen geltend gemacht werden könnten.

Die Angelegenheit wurde noch einmal am 17. März 1948 im Gemeinderat von Wahlscheid verhandelt, aber eine Entscheidung noch einmal verschoben. Der Oberkreisdirektor forderte deshalb die Gemeinde Wahlscheid am 12. April 1948 noch einmal auf, ihrer Verpflichtung ge-

genüber dem Amt Lohmar nachzukommen und ihm bis zum 1. Mai 1948 über das Veranlasste zu berichten. Am 10. Juni 1948 meldete die Gemeindeverwaltung Wahlscheid, dass sie die angeforderten Bezüge für den ehemaligen Amtsdirektor in Höhe von 1.749,38 RM an die Amtskasse Lohmar überwiesen habe.

Kommunalwahl 1948

Nur zwei Jahre nach der ersten freien Wahl 1946 wurde im September 1948 in den Kommunen wieder gewählt. Die sich ausbreitende CDU und das Zentrum waren in Lohmar und seinen Gemeinden die großen Gewinner. Die SPD spielte keine große Rolle und die KPD fiel in die Bedeutungslosigkeit. Dies zeigte sich bei der Wahl der Bürgermeister und deren Stellvertretern durch



Der letzte Gemeinderat der Gemeinde Lohmar mit Bürgermeister Wilhelm Schultes (CDU), sitzend 3. von links, im Jahr 1969. Durch die in diesem Jahr in Kraft getretene kommunale Neuordnung wurden alle kleinen Gemeinden und die Gemeinde ,Wahlscheid zur neuen Gemeinde Lohmar zusammengefasst

die Amts- bzw. die Gemeindevertretungen. In einem Verzeichnis der Amtsträger aus dem Stadtarchiv Lohmar wurden neben den Berufen auch der schulische Abschluss mit angegeben. Alle Bürgermeister und Stellvertreter konnten auf einen Volksschulabschluss verweisen. Das lag einfach daran, dass es im Amt Lohmar zu dieser Zeit für diese Generation noch keine weiterführenden Schulen gab. Nur die Stadt Siegburg konnte ein Gymnasium, aber keine Realschule anbieten.

Schluss

Die Männer der Verwaltung und der Parteien mussten in Lohmar wie in allen anderen Orten einen langen und beschwerlichen Weg zwischen der Stunde Null im Jahre 1945 und 1948, dem Jahr der Währungsreform, beschreiten.

Nach der Zerschlagung der Nazidiktatur galt es, eine neue Verwaltung nach den von der Militärregierung vorgegebenen Regeln aufzubauen und die Bürger über die Parteien an einer demokratischen Selbstverwaltung zu beteiligen, die nach ihren Erfahrungen mit Diktatur, Krieg und Niederlage zunächst wenig Interesse an einem von den Siegermächten verordneten Wiederaufbau eines demokratischen Systems aufbrachten, zumal die allermeisten Menschen durch den täglichen Kampf ums Überleben voll ausgelastet waren.

Riesengroß waren die Schwierigkeiten auf allen Gebieten des täglichen Lebens, die die Männer der ersten Stunde mutig anpackten, immer unter Beobachtung der Militärregierung, um die schwierigen Lebensbedingungen der Bürger zu erleichtern.

Natürlich wurden in dieser Zeit des Wiederaufbaus auch Fehler begangen und Fehlverhalten registriert, aber dennoch leisteten die ehrenamtlichen Amateurpolitiker ein gewaltiges Maß an Aufbauarbeit in ihrem zerstörten Vaterland.

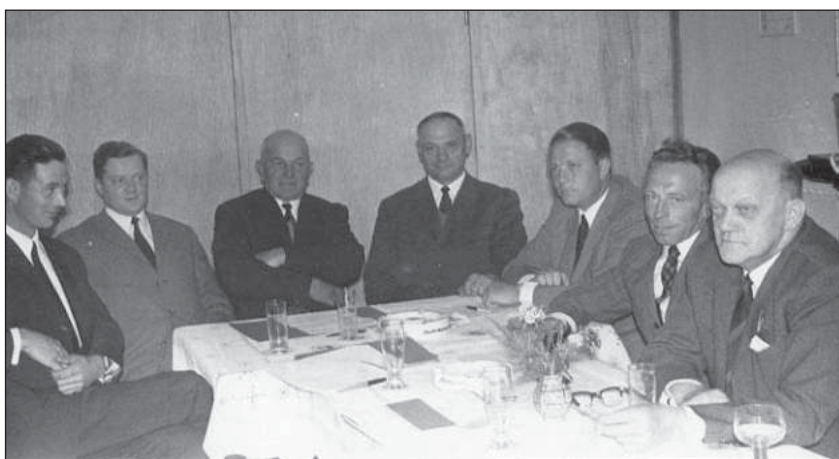
Dieser Artikel soll die Bedingungen und die Namen der Beteiligten zwischen 1945 und 1948 nennen, die den materiellen und geistigen Wiederaufbau unseres Heimatortes einleiteten. Nach der Währungsreform



Der letzte Gemeinderat der Gemeinde Halberg mit Bürgermeister Willibald Jacobs (CDU), 2. von rechts, im Jahr 1969



Bürgermeister Hermann Fielenbach (CDU), 3. von links, stellte sich mit dem letzten Gemeinderat von Inger 1969 zum Gruppenfoto



Der letzte Gemeinderat der Gemeinde Breidt mit Bürgermeister Franz-Josef Wacker (CDU), 2. von links, im Jahr 1969

1948 und der Unterstützung durch den Marshall-Plan arbeiteten sie weiter am Aufbau unseres Landes und trugen mit dazu bei, dass es wieder zu einem allseits geachteten Partner innerhalb der Völkerfamilie wurde.

Quellen:

60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen, Schriften des Landtags Nordrhein-Westfalen, Band 17, Düsseldorf 2006
 Bolz, Rüdiger: Synchronopse des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1983
 Archiv des Rhein-Sieg-Kreises: SK 384, SK-0-2184, SK 4233
 Archiv der Stadt Lohmar: Slg A 53, Sgl A 54x, Akte Nr. 1111

Bildnachweis:

Alle Bilder Stadtarchiv Lohmar